

## Die Gewerkschaften in Portugal

---

*Dieter Wagner, geb. 1936 in Wiesbaden, studierte Betriebswirtschaftslehre an der Universität Frankfurt/M. Nach einer kaufmännischen Tätigkeit in einem Gießereiunternehmen war er Mitarbeiter in dem Gewerkschaftsberaterprogramm, das gemeinsam vom DGB und der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführt wird. Von 1967 bis 1970 Sozialreferent an der deutschen Botschaft in Santiago de Chile. Seit 1970 Referent in der Internationalen Abteilung beim DGB-Bundesvorstand.*

### *Ihre Entstehung*

Ähnlich wie in den meisten europäischen Ländern waren es auch in Portugal zuerst die Facharbeiter, die sich in Gewerkschaften zusammenschlossen.

Bereits 1872, im Gründungsjahr der Sozialistischen Partei in Portugal, fanden in Lissabon die ersten größeren Streiks von Gießereiarbeitern und Druckern statt. Trotz der unterschiedlichen politischen Tendenzen (Sozialisten, Anarchisten u. a.) in den Gewerkschaftsorganisationen gab es zahlreiche Versuche portugiesischer Gewerkschafter, die einen Zusammenschluß auf nationaler Ebene und damit die Schaffung einer Einheitsgewerkschaft zum Ziel hatten. Vier Jahre nach der Absetzung des letzten Königs und der Schaffung der Republik im Jahre 1910 gelang die Gründung des gewerkschaftlichen Dachverbandes „Uniao Operaria Nacional — UON“, die auf dem Gründungskongreß 135 000 Mitglieder vertrat. Bedenkt man, daß es sich überwiegend um organisierte Industriearbeiter eines Agrarlandes mit einer Bevölkerung von etwa fünf Millionen Einwohnern handelte, so wird die Bedeutung dieses nationalen Gewerkschaftsbundes deutlich.

Auf dem II. Nationalen Arbeiterkongreß, der im Jahre 1919 in Coimbra stattfand, wurde die Nationale Arbeiterunion „UON“, die sich die Aufgabe der Konsolidierung der Gewerkschaftsbewegung gesetzt hatte, wie vorgesehen aufgelöst, und es folgte die Gründung des Einheitsgewerkschaftsbundes „Confederaçao General do Trabalho — CGT“. Inzwischen hatte sich die Zahl der angeschlossenen Gewerkschaften verdoppelt, und mehrere neue Föderationen, einschließlich der Föderation der Landarbeiter (*Federacao dos Trabalhadores Kurais*), konnten geschaffen werden.

Ein weiterer Hinweis auf ein entwickeltes gewerkschaftliches Bewußtsein in Portugal stellen die Arbeiterzeitungen dar, die teilweise bereits vor der Schaffung der Republik erschienen. Erwähnt seien hier „A Greve“ und „O Sindicalista“.

#### *Achtundvierzig Jahre Diktatur*

Als im Jahre 1926 das portugiesische Militär mit General *Carmona* an der Spitze eine Diktatur errichtete, dauerte es nur kurze Zeit, bis zunächst die Verfolgung und später das Verbot der Gewerkschaften einsetzte. Einige Organisationen paßten sich an und wurden wie die neu gegründeten in den Apparat des „Estado Novo“ integriert. Hinzu kam eine verstärkte Aufsplitterung nach Berufen und die Beschränkung auf Bezirke. Für einen Betrieb waren mitunter mehr als 20 Syndikate zuständig. Zwar wurden Bezeichnungen wie Gewerkschaften, Gewerkschaftsföderationen usw. beibehalten, doch erhielten diese Verbände völlig neue Aufgaben. Das entstehende faschistische Regime gab offen zu, die Gewerkschaften zerstören zu wollen, aber die Bezeichnungen behielt man bei. Im Rahmen des von *Salazar* konzipierten Korporativsystems sollten sie die „Harmonie der Klassen“ in enger Zusammenarbeit mit der Regierung und den Unternehmern sichern. Die Korporationen waren offizielle Einrichtungen, die von den Verbänden der Unternehmer und freien Berufe sowie den Syndikaten getragen wurden. Nach der Verfassung von 1933 gab es acht Korporationen, jeweils eine für die wichtigsten Sektoren der Wirtschaft (Landwirtschaft, Industrie usw.).

Zwar war die Mitgliedschaft in den Syndikaten freiwillig, aber es wurde ein Zwangsbeitrag einbehalten.

Die Gewerkschaftspresse wurde zunächst über eine Zensur verfolgt und danach verboten. Das Streikrecht wurde aufgehoben. In einer Vielzahl von Arbeitsgesetzen wurden Mindestarbeitsbedingungen festgelegt, deren Überwachung durch das Arbeitsministerium und dessen Organ „Nationales Institut für Arbeit und Wohlfahrt“ erfolgte. Daneben wurden „Kollektivverträge“ zwischen den Arbeitgeberverbänden und den Syndikaten unter Regierungsaufsicht ausgehandelt. Streitigkeiten hieraus wurden durch ein behördliches Einigungs- und Schlichtungsverfahren beigelegt. Ein System der Sozialversicherung existierte, doch erreichte es nur einen kleinen Teil der Bevölkerung.

Die Syndikate waren somit eine Säule des faschistischen Systems und der staatlichen Bürokratie. Die portugiesischen Arbeitnehmer erkannten, daß eine Vertretung ihrer Interessen über diese Einrichtungen nicht möglich war und zogen sich zurück. Versuche, eigene Organisationen aufzubauen, scheiterten an der arbeitnehmerfeindlichen Gesetzgebung und an der Gewalttätigkeit des Geheimdienstes und der Polizei.

#### *Die Regierung Caetano*

Als 1968 *Marcelo Caetano* die Regierung übernahm, nachdem Salazar für amtsunfähig erklärt wurde, versuchte er, durch eine gewisse Liberalisierung des Systems eine größere Unterstützung der Bevölkerung zu erreichen.

Weitere wesentliche Gründe für diese „Liberalisierung“ waren der wachsende Druck, der sowohl in Portugal als auch vom Ausland auf das portugiesische Regime ausgeübt wurde, und die steigende Zahl der Streiks Ende der 60er Jahre. Der Presse war es untersagt, darüber zu berichten. Die Vereinten Nationen beschlossen Resolutionen gegen die portugiesische Kolonialpolitik. Die Unternehmer forderten eine stärkere Anlehnung an Europa, und es kam — wie in Spanien — der Wunsch eines Anschlusses an die EWG auf. Nicht zuletzt kamen auch Kampagnen hinzu, die von den Gewerkschaften, insbesondere in Westeuropa und unter der Leitung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, organisiert wurden, und die die Freilassung verhafteter Gewerkschafter und mehr Gewerkschaftsfreiheit in Portugal forderten. Dies alles zwang die Regierung in Lissabon zu einer gewissen Liberalisierung des Systems.

Eine der Maßnahmen Caetanos betraf die Wahl von Gewerkschaftsdelegierten in den Betrieben, die die Rolle des Vermittlers zwischen der Belegschaft und der Syndikatsführung übernehmen sollten. Während früher die Gewählten durch das Ministerium bestätigt werden mußten und diese Bestätigung bei politischen Bedenken einfach verweigert werden konnte, wurde dieses Verfahren durch eine Voruntersuchung der Wählbarkeit durch eine Kommission von Gewerkschaftsmitgliedern ersetzt. Durch ein weiteres Dekret wurden feste Fristen in den

Prozeß der Kollektivverhandlungen eingeführt. Beides führte zu einer stärkeren Beteiligung der Arbeitnehmerschaft in den Syndikaten. In wichtigen Gewerkschaften der Metallindustrie, des Bankensektors und der Büroangestellten kam es zu Wahlsiegen der Oppositionslisten (*Listas B*). Dies führte zu Kollektivverhandlungen mit den Arbeitgebern, bei denen erstmals die Arbeitnehmerinteressen von gewählten Vertretern wahrgenommen wurden. Um ihre Arbeit koordinieren und effektiver gestalten zu können, schufen sich die gewählten repräsentativen Gewerkschaftsdelegierten bereits 1970 eine Diskussionsplattform, die bald eine Art Zusammenschluß der repräsentativen Gewerkschaften mit einem gewählten Vorstand wurde: die *Intersindical*.

Die Periode der Liberalisierung unter Caetano ging bald zu Ende. Bereits 1970 wurde den Kollektivvertragsparteien das Recht genommen, gemeinsam den Vorsitzenden der Schlichtungskommission zu wählen. Er wurde jetzt vom Minister der Korporation ernannt. Danach erließ die Regierung ein Dekret, das ihr die Absetzung der Gewerkschaftsvorstände und die Schließung der Gewerkschaften erlaubte. Es folgten Verhaftungen von Gewerkschaftern sowie Verbote von Gewerkschaften und der *Intersindical*, die daraufhin im Untergrund weiterarbeitete. Die europäischen Gewerkschaften, darunter der DGB und die angeschlossenen Organisationen, protestierten gegen die Verschärfung der Repression, setzten sich für die Verfolgten ein und unterstützten die Beschwerde, die der IBFG der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf unterbreitete.

Der Versuch des Regimes, das Interesse und die Beteiligung der Arbeitnehmerschaft in der Auseinandersetzung um bessere Arbeits- und Lohnbedingungen zurückzuschrauben, konnte nicht mehr erfolgreich sein. Das Bewußtsein, durch solidarische Aktionen die politische und wirtschaftliche Situation der Masse der Bevölkerung auch unter einer faschistischen Diktatur beeinflussen zu können, hatte sich in einem großen Teil der portugiesischen Arbeitnehmerschaft durchgesetzt. War die Arbeitnehmerschaft am Fall des Regimes im Jahre 1974 auch nicht direkt beteiligt, so hat sie doch dazu beigetragen, das Klima zu schaffen, das für den Putsch der Militärs notwendig war.

#### *Der Wiederaufbau der Gewerkschaften*

Hinter dem Militärputsch, der die Regierung Caetano am 25. April 1974 stürzte, stand eine Gruppe von etwa 200 jungen Offizieren, deren Identität bis heute nicht vollständig bekannt ist, die „Bewegung der Streitkräfte“. Eine direkte Beteiligung der politischen Parteien oder der Gewerkschaften hat es nicht gegeben. Das Programm der Bewegung enthielt als kurzfristige Ziele die Wahl einer verfassunggebenden Versammlung, die Ausarbeitung einer Verfassung, die Beendigung des Kolonialkrieges, die Ausarbeitung verschiedener Gesetze, darunter das Arbeitsgesetz, und die sofortige Gewährung des Koalitionsrechts. Zur Realisierung dieser Punkte hat die Bewegung der Streitkräfte eine „Junta zur nationalen Errettung“ eingesetzt, die im März 1975 von einem „Revolutions-

rat", bestehend aus führenden Militärs und Staatspräsident *Costa Games* an der Spitze, abgelöst wurde. Die wichtigsten politischen Parteien wurden an der von der Junta gebildeten „Provisorischen Regierung“ beteiligt. So stellte die Sozialistische Partei drei, die Volksdemokratische Partei zwei und die Kommunistische Partei ebenfalls zwei Minister, darunter den Arbeitsminister.

#### *Die Intersindical*

Es waren die unter Caetano über die Oppositionslisten gewählten Gewerkschaftsführer von etwa zwanzig Organisationen, die nach dem Putsch als die Vertreter der portugiesischen Arbeitnehmer auftraten. Dabei handelte es sich um die Gewerkschaften, die seit 1970 in der Intersindical zusammenarbeiten, und es zeigte sich bald, daß die überwiegende Mehrheit der Kommunistischen Partei Portugals angehörte. Dies war nicht verwunderlich, denn von den obengenannten Parteien war allein die KP in den Untergrund gegangen. Sie hatte sich eine Organisation aufgebaut und betrachtete gerade die Gewerkschaften als ihr wichtigstes Aktionsfeld. Sofort nach dem Putsch erschien ein Aufruf zu einer Versammlung der Intersindical am 27. April und danach zu der großen Demonstration zum 1. Mai 1974, dem mehr als 100 000 Portugiesen folgten. Es erfolgten die Besetzung der Gebäude des Ministeriums der Kooperationen und der faschistischen Arbeiterstiftung („FNAT“). Letzteres wurde der Intersindical als Verwaltungsgebäude überlassen.

Die Intersindical arbeitete von Anfang an eng mit der neuen Regierung zusammen und wurde insbesondere von dem kommunistischen Arbeitsminister *Avelino Goncalves* unterstützt. Sie stellte die portugiesische Arbeitnehmerdelegation zur 50. Konferenz der IAO in Genf. Gleichzeitig übernahmen die kommunistischen Gewerkschafter die Leitung der Gewerkschaften, denen bis zum Putsch Vertreter des alten Regimes vorstanden. Nur selten kam es bei den eilig einberufenen Mitgliederversammlungen zu echten Wahlen, meist wurde der neue Vorstand per Akklamation bestimmt. Gelang es der KP nicht, die Mehrheit im Vorstand wichtiger Gewerkschaften zu erlangen, zögerte sie nicht, Parallelorganisationen aufzubauen, wie im Falle der Fischergewerkschaft in Peniche. Hieraus wird ersichtlich, daß die KP versucht, die portugiesische Arbeitnehmerschaft einerseits über die alten und überholten Berufsverbände auf Bezirksebene und andererseits über die Intersindical als Dachverband der Gewerkschaftsbewegung Portugals unter ihre Kontrolle zu bringen.

#### *Die Entwicklung auf Betriebsebene*

Völlig unabhängig hiervon war nach dem Putsch in den Betrieben eine Entwicklung festzustellen, die auf die zukünftige Gestaltung der portugiesischen Gewerkschaftsbewegung nicht ohne Einfluß bleiben soll. In vielen Betrieben erkannte die Arbeitnehmerschaft, daß die alten Gewerkschaftsformen überholt waren und für die anstehenden Auseinandersetzungen mit den Unternehmern

nicht die geeignete Plattform darstellten. Spontan werden Belegschaftsvertreter gewählt für Lohnverhandlungen mit der Unternehmensleitung, in einigen staatlichen Unternehmen wählen die Arbeiter ihre Vorgesetzten, die ersten Streiks werden organisiert, und Arbeiterkomitees kämpfen um die Entlassung von Vorgesetzten, die mit dem faschistischen Regime zusammengearbeitet haben. Die Bediensteten des öffentlichen Sektors, die Landarbeiter, Bauern und Fischer, denen bis zum Putsch jegliche gewerkschaftliche Betätigung verboten war, bilden die ersten Gewerkschaftsorganisationen.

### *Gewerkschaften und Parteien*

Es ist die Sozialistische Partei Portugals, die heute diese Bestrebungen auf Betriebsebene unterstützt, doch muß betont werden, daß es sich um spontane Aktionen gehandelt hat, hinter die sich die Sozialisten nachträglich gestellt haben, nachdem sie mit dem organisatorischen Aufbau der Partei nach dem Putsch begonnen hatten.

Die unterschiedlichen Vorstellungen über die zukünftigen Gewerkschaftsstrukturen sind eine wichtige Ursache für die Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten und Sozialisten in Portugal. Sie wurden deutlich, als es sowohl um die Zustimmung oder Ablehnung des Streikgesetzes als auch des Gewerkschaftsgesetzes und die Bestätigung der Intersindical als Dachverband ging.

Bereits im Herbst 1974 wurde sichtbar, daß die kommunistischen Gewerkschafter sowohl die Intersindical, ihre Regionalverbände (*Unioas*) als auch wichtige Berufsgewerkschaften beherrschten. In den Betrieben und auch in der Mitgliedschaft der Gewerkschaften wurde eine stärker werdende Opposition gegen die Politik und die Praktiken der Intersindical spürbar. Eine der Ursachen war die Politik der KP, die nicht bereit war, die nichtkommunistischen Gewerkschafter an der Beschlußfassung und bei der Vergabe der Führungspositionen zu beteiligen. Bei den ersten demokratischen Vorstandswahlen der Gewerkschaften kam es immer öfter zur Aufstellung von Gegenlisten neben der kommunistischen, die von den Sozialisten, Linkssozialisten, Christen und Unabhängigen unterstützt wurden. Dabei ging es nicht, wie oft behauptet wurde, um die Ablehnung einer Einheitsgewerkschaft, es war vielmehr eine Reaktion auf die dominierende Rolle der KP in der Intersindical, die von der Mitgliedschaft nicht getragen wird, und das intolerante Vorgehen gegen alle nichtkommunistischen Gewerkschafter.

Es stellten sich die ersten Rückschläge für die kommunistischen Gewerkschafter ein. Sie konnten z. B. die Gründung einer nationalen Postgewerkschaft nicht verhindern, nachdem ihr Versuch der Schaffung einer umfassenden Gewerkschaft der Telekommunikation mißlang. In einer ihrer Hochburgen, in der Gewerkschaft der Bankangestellten, unterlagen sie bei der Vorstandswahl, obwohl der erste Arbeitsminister in der provisorischen Regierung, der inzwischen durch einen Offizier ersetzt wurde, die Liste anführte.

### *Die Streikbewegung*

Auch die Haltung der Intersindical gegenüber Streiks ist für die Mehrheit der Arbeitnehmer nicht verständlich. Getreu dem Vorbild der Kommunistischen Partei vertritt auch die Intersindical die Politik der Regierung und befürwortet das Streikgesetz vom November 1974, das Streiks nur bei Konflikten berufsständischen oder beruflichen Charakters und die Aussperrung durch die Unternehmer zuläßt, aber Warnstreiks, Solidaritätsstreiks oder politische Streiks ausschließt.

Bei den über Jahrzehnte niedriggehaltenen Löhnen und schlechten Arbeitsbedingungen ist es nicht verwunderlich, daß die Arbeitnehmer in Portugal ihren Forderungen auch durch Streik Nachdruck verleihen wollen, wenn sich die Arbeitgeber diesen weiterhin widersetzen. Die Mehrzahl dieser Arbeitskämpfe wird ohne Beteiligung der Intersindical durchgeführt und in nicht wenigen Fällen von ihr bekämpft.

Unbeeindruckt von den Rückschlägen an der Basis setzt die Intersindical unter ihrer kommunistischen Führung den Versuch fort, sich als Einheitsgewerkschaftsbund Portugals zu etablieren. Bereits von Anfang an tritt sie im Ausland als einzige Vertreterin der portugiesischen Gewerkschaften auf. Sie lehnt nicht nur die Mitgliedschaft in einem der internationalen Gewerkschaftsbünde „im Interesse der Gewerkschaftseinheit“ ab, sondern untersagt auch den Gewerkschaften und Föderationen eine Mitgliedschaft in den internationalen Berufssekretariaten. Unterstützungsangebote des IBFG bleiben unbeantwortet, doch Geldspenden oder Besuche von WGB-Vertretern oder von WBG-Mitgliedsorganisationen sind willkommen und werden in der Presse entsprechend hervorgehoben.

In Portugal strebt die Intersindical durch ein an gewerkschaftliche Selbstverleugnung grenzendes Wohlverhalten gegenüber den Militärs und der Regierung eine gesetzliche Absicherung für das beanspruchte Alleinvertretungsrecht an. Diese Bemühungen sind erfolgreich, als am 30. April 1975 der Revolutionsrat nach einer zehnstündigen Sitzung bekanntgibt, daß der Intersindical per Dekret Rechtspersönlichkeit erteilt wurde und, am 14. Mai das heftig diskutierte Gewerkschaftsgesetz veröffentlicht wird. Sie ist damit der Dachverband der ihr angeschlossenen Organisationen. Nach Angaben der Intersindical gehören ihr heute 230 von etwa 400 Gewerkschaften mit 2,5 Millionen Mitgliedern an. Die Gründung eines zweiten Bundes läßt das Gewerkschaftsgesetz nicht zu. Die Zahlenangaben basieren auf einer Mitgliedschaft, die auf dem Zwangsbeitragssystem beruht, das bis heute nicht abgeschafft wurde.

### *Das Gewerkschaftsgesetz*

Das in der Arbeitnehmerschaft heftig umstrittene Gewerkschaftsgesetz setzt nicht nur einen Rahmen für die zukünftige Gewerkschaftsbewegung in Portugal, sondern schreibt bestimmte Strukturen zwingend vor und soll deshalb im folgen-

den näher erläutert werden. In 43 Artikeln regelt es die Ausübung der Gewerkschaftsfreiheit durch die Arbeitnehmer. Es soll ein Jahr nach seiner Veröffentlichung erneut überprüft werden. Die Arbeitnehmer erhalten das Recht auf gewerkschaftlichen Zusammenschluß „zur Verteidigung und Förderung ihrer sozialen und beruflichen Interessen“. Die Gewerkschaftszugehörigkeit ist freiwillig. Als Aufgaben werden den Gewerkschaften der Abschluß von Kollektivverträgen, die Gewährung wirtschaftlicher und sozialer Dienstleistungen an die Mitglieder und die Verteidigung und Förderung der Rechte und der sozialen und beruflichen Interessen der vertretenen Arbeitnehmer vorgeschrieben. Die Unabhängigkeit der gewerkschaftlichen Zusammenschlüsse von den Arbeitgeberverbänden und den politischen Parteien wird besonders geregelt, indem die gegenseitige Finanzierung bzw. die Einschaltung in die Leitung der Gewerkschaften untersagt wird. Mitgliedern in Leitungsgremien von gewerkschaftlichen Zusammenschlüssen ist die Übernahme einer leitenden Position in einer politischen Partei nicht gestattet. Die Gewerkschaften und ihre Zusammenschlüsse erwerben durch die Eintragung ihrer Satzung beim Arbeitsministerium Rechtspersönlichkeit. Dem Antrag ist das Protokoll der Gründungsversammlung und die beglaubigten Unterschriften von mindestens 10 bis 50 vH der Arbeitnehmer beizufügen, die der neugeschaffenen Organisation nach der Satzung angehören sollen. Die Liste der Mitglieder der Leitungsorgane einer Gewerkschaft bzw. ihrer Zusammenschlüsse sowie das Protokoll der Wahlversammlungen sind dem Arbeitsministerium einzureichen und werden im amtlichen Mitteilungsblatt dieses Ministeriums veröffentlicht. Für die Besetzung der Gewerkschaftsvorstände schreibt das Gesetz freie und demokratische Wahlen und für die der Gewerkschaftsdelegierten in den Betrieben direkte und geheime Wahlen vor. Die gewählten Gewerkschaftsvorstände haben Anspruch auf einen Tag Arbeitsbefreiung pro Woche bei Fortzahlung des Lohnes durch den Arbeitgeber. Gewerkschaftsfunktionäre können nicht ohne ihre Zustimmung versetzt oder entlassen werden. Bewerber um ein Amt im Gewerkschaftsvorstand sind ebenfalls unkündbar. Die Gewerkschaften haben das Recht, sich in den Betrieben zu betätigen und außerhalb der Arbeitszeit Versammlungen abzuhalten. Daneben können Gewerkschaften jährlich Versammlungen bis 15 Stunden während der Arbeitszeit durchführen. Auch den Gewerkschaftsdelegierten steht eine gewisse Zahl bezahlter Arbeitsstunden für die Ausübung ihrer Aufgaben zu. Die Zahl der freigestellten Delegierten richtet sich nach der Zahl der Beschäftigten in einem Betrieb, z. B. bis 50 Beschäftigte ein Delegierter, bis 200 Beschäftigte drei und bis 500 Beschäftigte sechs Delegierte. Die Gewerkschaftsbeiträge werden vom Lohn einbehalten und den Gewerkschaften übergeben, sofern im Kollektivvertrag nichts anderes vereinbart wurde. Wenn für einen geographischen Bezirk oder eine Berufsgruppe bereits eine gewerkschaftliche Organisation besteht, läßt das Gesetz die Gründung einer zweiten nicht zu. Den Gewerkschaften ist es nur erlaubt, sich zu einem Gewerkschaftsbund zusammenzuschließen. Sie können internationale Beziehungen unterhalten und „mit

ausländischen nationalen, regionalen und internationalen Gewerkschaftsorganisationen zusammenarbeiten". Verstöße gegen das Gesetz werden mit Geldstrafen und in einigen Fällen mit Gefängnisstrafen geahndet. Unter gewissen Voraussetzungen können Gewerkschaften durch Gerichtsbeschluß aufgelöst werden. Die bestehenden Gewerkschaften und ihre Zusammenschlüsse werden aufgefordert, ihre Satzungen innerhalb von 60 Tagen anzupassen und die Wahl der Organe innerhalb von 120 Tagen nach den Vorschriften des Gesetzes durchzuführen. Die Bestimmungen des Gesetzes gelten nicht für den öffentlichen Sektor. Die Ausübung der gewerkschaftlichen Rechte der Bediensteten des Staates, der öffentlichen Institutionen und der örtlichen Selbstverwaltungskörperschaften soll in einem gesonderten Gesetz geregelt werden.

#### *Perspektiven der portugiesischen Gewerkschaften*

Die Phase des Wiederaufbaus der Gewerkschaften in Portugal ist gekennzeichnet durch Auseinandersetzungen zwischen den beiden Linksparteien, den Sozialisten und Kommunisten. Ihre intensiven Bemühungen um die Verbesserung ihrer Positionen in den Gewerkschaften sollten aber nicht nur unter parteipolitischen Gesichtspunkten gesehen werden. Zweifellos stellen die Gewerkschaften ein beachtliches Stimmenpotential bei Wahlen, aber andererseits können die Gewerkschaften ihre Aufgaben nicht nur durch Verhandlungen mit den Arbeitgebern erfüllen. Insbesondere in lateinischen Ländern, wo ein Großteil der sozialen und Arbeitsbedingungen durch den Gesetzgeber geregelt wird, bedürfen die Gewerkschaften einer starken Vertretung im Parlament. Im Falle Portugals, wo inzwischen die wichtigsten nationalen Unternehmen verstaatlicht wurden, gilt dies in noch stärkerem Maße. Die Auseinandersetzung zwischen Sozialisten und Kommunisten beschränkt sich aber nicht nur auf den Gewerkschaftssektor. Ähnlich wie bei den Syndikaten hat die KP sofort nach dem Putsch provisorische Gemeindevertretungen „wählen lassen“ und die Massenmedien, insbesondere Zeitungen und Radios, mit wenigen Ausnahmen unter ihren Einfluß gebracht. Dies beinhaltet, daß der Konflikt zwischen den beiden Parteien andauern wird und seine Auswirkungen in den Gewerkschaften unvermeidlich sein werden.

Bereits heute, fünfzehn Monate nach dem Ende der Diktatur, ist festzustellen, daß die Chance verpaßt worden ist, in Portugal moderne und starke Gewerkschaften aufzubauen. Der Kommunistischen Partei kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, die faschistischen, arbeitnehmerfeindlichen Strukturen durch die überstürzte Übernahme der Führungsorgane wiederbelebt und damit ihr Verschwinden verhindert zu haben. Das neue Gewerkschaftsgesetz geht ebenfalls von diesen überholten Gewerkschaftsstrukturen aus und trägt so zu einer weiteren Verfestigung bei. Darüber hinaus greift es so weitgehend in den gewerkschaftlichen Aufbauprozess und die Aufgabenstellung ein, wie es für freie und demokratische Gewerkschaften nicht tragbar ist. Einige Bestimmungen des Ge-

setzes widersprechen den Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation. Zu erwähnen sind in diesem Zusammenhang die gesetzliche Möglichkeit der Auflösung von Gewerkschaften und die Beschränkungen und Bedingungen für die Gründung von Arbeitnehmerorganisationen, die nicht vereinbar sind mit Artikel 2 des Übereinkommens 87, das die Forderung erhebt, daß Arbeitnehmer ohne Unterschied und ohne vorläufige Genehmigung Gewerkschaften ihrer Wahl gründen und ihnen beitreten können. Bedenkt man, daß das Gesetz zwar die Zusammenarbeit mit, nicht aber den Beitritt zu internationalen Gewerkschaftszusammenschlüssen erlaubt, wodurch eine internationale Isolierung der portugiesischen Gewerkschaften begünstigt wird, so erscheint es unwahrscheinlich, daß die portugiesischen Gewerkschaften in naher Zukunft in der Lage sein werden, den Übergang zu modernen Strukturen zu vollziehen. Das Gesetz und damit die Militärs scheinen erfüllt von Abneigung gegenüber starken und selbständigen Gewerkschaften und von Mißtrauen gegenüber den Fähigkeiten der Arbeitnehmerschaft.

Die Macht in Portugal liegt heute und auf absehbare Zeit beim Militär. Aus dem „Politischen Aktionsplan“ der Bewegung der Streitkräfte, der am 23. Juni 1975 vom Revolutionsrat bekanntgegeben wurde, geht der Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft als Ziel hervor. Den Gewerkschaften wird neben noch zu gründenden „Volkseinheitsorganisationen“ keine gestaltende, sondern eine instrumentale Rolle zugedacht. Die aggressiven Reaktionen aus den Reihen des Revolutionsrats auf den Streik der Telefonbediensteten in Lissabon bestätigen diese Vermutung.